

12. / 1916

Deutscher Reichstag.

Anfragen Liebknechts.

N. Berlin, 11. Jänner.

Der Reichstag ist wieder zusammengetreten.

Zunächst stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Liebknecht eine Anfrage betreffend die Armenien, in deren Beantwortung der Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Gesandter v. Strum, folgendes erklärte: Dem Herrn Reichskanzler ist bekannt, daß die Pforte vor einiger Zeit, durch aufrührerische Umtriebe unserer Gegner veranlaßt, die armenische Bevölkerung bestimmter Gebiete des türkischen Reiches ausgesiedelt und ihr neue Wohnstätten angewiesen hat. Wegen gewisser Rückwirkungen dieser Maßnahme findet zwischen der deutschen und der türkischen Regierung ein Gedankenaustausch statt. Nähere Einzelheiten können nicht mitgeteilt werden.

Abg. Liebknecht stellte weitere Anfragen bezüglich der Vorlage des Materials über die Lage der Bevölkerung der besetzten fremden Gebiete sowie über die auf Grund des Belagerungszustandes von der Regierung getroffenen Maßregeln.

Die Regierung lehnte die gewünschte Vorlage des Materials ab.

Abg. Liebknecht versuchte, zu jeder Anfrage Ergänzungsfragen zu stellen, wurde jedoch hieran unter Heiterkeit des Hauses vom Präsidenten verhindert.

Ernährungsfragen.

Bei Beratung der Ernährungsfragen erklärte der Referent Graf Westarp, die Kommission habe eingehend die Zahlen über die vorhandenen Nahrungsmittel geprüft und sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß vollkommen ausreichende Vorräte vorhanden seien, um die Bevölkerung während des Krieges zu ernähren, solange der Krieg auch dauere. Die Voraussetzung für das Durchhalten sei jedoch Sparsamkeit auf allen Gebieten und verständnisvolle, von gutem Willen getragene gewissenhafte Beobachtung aller erlassenen Maßnahmen seitens der Verbraucher, der Erzeuger und des Handels. Seitens aller Beteiligten geschehe möglichst alles, um die Not und das Elend des Krieges zu mildern. Aus hungern, betonte der Redner, läßt sich das deutsche Volk nicht. (Lebhafter Beifall.) In ungebrochener wirtschaftlicher Kraft steht es da, ebenso in ungebrochener Entschlossenheit, den Krieg zu einem siegreichen Ende durchzuführen. Aus Rücksicht auf die Ernährungsfrage braucht der Krieg nicht einen Tag früher beendet zu werden, als bis wir militärisch und politisch den vollen Sieg erringen. (Lebhafter Beifall.)

Der Sozialdemokrat Schmidt brachte eine Reihe von Beschwerden, besonders wegen zu hoher Lebensmittelpreise vor und verlangte die Lösung der Frage ohne Rücksicht auf Sonderinteressen.

Staatssekretär des Innern Dr. Deibler erklärte: Die Parteien und die Regierung sind darüber einig, daß die Versorgung des Marktes und die Bildung der Preise nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden darf, sondern daß mit fester Hand eingegriffen werden muß und daß man auch nicht vor Härten zurückschränken darf, wenn es das Wohl des Ganzen erfordert. Mit unseren eigenen Erzeugnissen reichen wir bis zur nächsten Ernte, wenn wir sparen und haushälterisch damit umgehen, die Lebensgewohnheiten den Verhältnissen anpassen und weiterhin mit Erfolg die Verteilung und den Konsum regulieren. Die Stärke der eigenen Produktion und die Vortrefflichkeit der Organisation hat uns stärker als das Ausland gemacht, das scheinbar unter gün-

stigeren Verhältnissen operieren konnte. Was weiter zu tun bleibt, ist die Pflege der Produktion und eine zielbewusste Organisation der Lebensmittelversorgung. Redner gedenkt dankbar der musterhaften Organisation des Verlehrswesens, welchem es in erster Linie zu danken ist, daß man der Schwierigkeiten Herr geworden sei. Er zählt die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Regulierung der Preisverhältnisse auf und betont, daß bei allen geschaffenen Organisationen die ausgiebige Mitwirkung von Laien, Sachverständigen und Interessenten vorgesehen sei. Das ganze werde schließlich gekrönt durch den Beirat des Reichstages, worin die Möglichkeit liege, zwischen den Behörden und der Bevölkerung einen Kontakt herzustellen, ohne den die Aufgabe nicht erfüllt werden könne.

Redner erklärt schließlich, er scheue nicht eine Kritik, doch dürfe diese nur befruchtend wirken und dürfe nicht dahin führen, daß ganze Teile der Bevölkerung sich der Mitarbeit lediglich deshalb entziehen, weil sie glauben, daß diese oder jene Maßnahme falsch sei. Die ganze Bevölkerung muß in die geschaffenen Organisationen hinein mit dem festen Willen, aus ihnen herauszuholen, was aus ihnen herausgeholt werden kann, durchglüht von dem Willen zum Siege, der auch im Innern wie draußen errungen werden muß. (Beifall.)

Abg. Mahinger (Zentrum) betont: Wenn wir ausreichend zu essen haben, so verdanken wir dies dem Schutzoll, der nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Industrie nütze. Er verlangt die Ausdehnung des Systems der Höchstpreise auf alle für das Leben notwendigen Dinge, Förderung der Leistungsfähigkeit der Transportwege zu Wasser und zu Lande, insbesondere Kanalisierung der Donau bis Regensburg und Erhaltung der Viehbestände. Er gibt schließlich seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der gute Wille auf allen Seiten im Wachsen begriffen sei.

Abg. Böhme (nationalliberal) verlangt die Einführung von Butter- und Fettkarten. Er betont: Wenn es gelingt, auch wirtschaftlich solche Fortschritte wie auf militärischem Gebiete zu machen und alle Kräfte in den Dienst der Sache zu stellen, dann können wir sicher sein, daß ebenso wie militärisch auch wirtschaftlich das Volk nicht niedezuringen ist.